

Neusprech-Glossar

Wörter und Wendungen aus der neoliberal geprägten Sprache der Gegenwart

A N H A N G

Kurz kommentiert

Kritische Notizen zu aktuellen Schlagwörtern und Aussprüchen

Zitiert aus verschiedenen Medien, zusammenfassend wiedergegeben (SM – neueste Fassung 15.03.2013)

Sozialleistungstourismus

Innenminister Hans-Peter Friedrich warnte vor einem drohenden "**Sozialleistungstourismus**" aus der EU, angesichts der Klage von Kommunen über zunehmende Anträge auf Sozialleistungen, insbesondere von Menschen aus Bulgarien und Rumänien. Mit vergifteten Worten wie "**Flächenbrand**" und "**Sozialbetrug**" bekräftigte er seine Vorstellung von einem Europa, in dem man sich erfolgreich gegeneinander abschotten muss.

Anstelle dieser schroffen Abschottungsrhetorik sollte man sich jedoch auf die schöpferischen Kräfte der europäischen Wanderbewegungen besinnen und die neue europäische Beweglichkeit auch als sozialen Motor für die internationale Gemeinschaft erkennen.

(Harry Nutt: Europa unterwegs. In Berliner Zeitung v. 15.03.2013)

Auszeit

Das merkwürdige Wort **Auszeit** ist die Lehnübersetzung von '*timeout*' aus dem amerikanischen Englisch, wird vor allem im American Football verwendet, eine der brutalsten Sportarten, und fand Eingang in die deutsche Umgangssprache im Zuge gesellschaftlicher Umbrüche um die Jahrtausendwende.

Stichwörter dazu sind die Agenda 2010, die Globalisierung, die neuen Technologien, die rapide Erhöhung der Arbeitsintensität, Minijobs, Leiharbeitsverhältnisse, kurz die Prekarisierung ehemals sicherer Arbeitsverhältnisse. Heute nimmt man sich eine Auszeit, um später wieder in das brutale Gesellschaftsspiel, das sich Arbeit nennt, zurückzukehren, nachdem man seine Akkus aufgeladen hat.

(Zuschrift von Harald Merkle - Email v. 12.2.2013)

Faulheitslegende

In der Eurozone glauben viele, die Eurokrise müssten faule mediterrane Typen in Griechenland und Spanien verantworten. Die hätten jahrelang auf Kosten hart ranklotzender Deutscher gelebt und ihre Zeit mit Espresso-Schlürfen verbracht. Warum wird diese **Faulheitslegende** so oft geglaubt? Weil in den Jahrzehnten marktliberaler Dominanz viele dem Mythos erlagen, wonach das Individuum für sein Schicksal vollständig selbst verantwortlich sei. Insofern ist es unerlässlich, dass Armut und Ungleichheit auf ihre strukturellen Ursachen hin abgeklopft werden. Ein wichtiger erster Schritt wäre es, die Debatte vom schädlichen Mythos des faulen Mobs zu befreien.

(Ha-Joon Chang: Penner und Gammler. In Freitag v. 7.02.2013)

'Pflicht' zur Verteidigung des Wohlstands

Verteidigungsminister Thomas de Maizière nutzt sein geradezu "ziviles" Auftreten virtuos, um die Zivilgesellschaft an die Militarisierung des Denkens zu gewöhnen. Kaum jemand merkt es zum Beispiel, wenn der Verteidigungsminister mit fortschrittlichen Gedanken wie der Sozialpflichtigkeit des Eigentums weltweite Militär-Interventionen begründet: "Ich bin überzeugt davon, dass aus Wohlstand auch Verantwortung erwächst. Das ist ein Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft: Eigentum verpflichtet."

Nichts anderes aber ist damit gemeint als die 'Pflicht' zur Verteidigung des Wohlstands durch Krieg, denn der nächste Satz lautet: "Unser Reichtum entsteht durch Verflechtung in der Welt, durch Handel, durch Export und Import. Wir können nicht sagen, um die globale Sicherheit, von der wir sehr profitieren, sollen sich andere kümmern."

(Stephan Hebel: Ein Meister der Taktik. In Freitag v. 24.01.2013)

Anschlussverwendung

Was machen eigentlich die "Schleckerfrauen"? Darauf warten, dass ihre "Opelmänner" nach Hause kommen? Oder haben sie sich schnellstmöglich eine **Anschlussverwendung** gesucht, wie es ihnen Philipp Rösler nahegelegt hat? Der Begriff kommt aus der Militärsprache. Soldaten erhalten nach einem Einsatz eine "Anschlussverwendung". Verirrte sich das Wort versehentlich auf der Zunge des langjährigen Stabsarztes Rösler?

(Mark Stöhr: Anschlussverwendung, in: A-Z Unwörter. In Freitag v. 10.01.2013)

Faires Sparen

Hört, hört! Die OECD, die wirtschaftspolitische Denkfabrik der reichen Industrieländer, befasst sich in ihrem jüngsten Wirtschaftsausblick mit dem **fairen Sparen**. Wie sollen die Staatshaushalte nach der Finanzkrise in Ordnung gebracht werden, fragt sie? Welche Steuern sollen erhoben, welche Ausgaben gekürzt werden, ohne dass der Eindruck entsteht, es gehe unfair zu? Was ist das, bitteschön, für eine ökonomische Kategorie, die **Fairness**? Geht es in der Wirtschaft nicht um Effizienz? Und neben der Suche nach der Fairness auch noch die Frage nach der **Verteilungsgerechtigkeit**. Das ist ein Paradigmenwechsel. Ohne Fairness, ohne dass die Menschen hinter dem Wirtschaftssystem stehen, ist alles nichts. Das merken allmählich auch die tonangebenden Ökonomen und sagen sich vom reinen Neoliberalismus los.

(Robert von Heusinger: Abschied vom Neoliberalismus. In Berliner Zeitung v. 28.11.2012)

Energiewende-Bremser

Anstatt eine gerechte Beteiligung aller gesellschaftlichen Kräfte an den Kosten der Energiewende zu thematisieren, hat die Debatte eine erstaunliche Wende genommen. Zunächst dominierte die Frage, ob wir mit der schnellen Abschaltung von Atomkraftwerken nicht geradewegs in eine "**Stromlücke**" laufen. Heute dagegen fordern die FDP-Protagonisten wegen des "**unkontrollierten Zubaus**" erneuerbarer Energieanlagen die Abschaffung des EEG, und Umweltminister Altmayer verlangt wenigstens eine "**Minderung der Zubauziele**". Gemeinsam ist all diesen Vorschlägen, dass die Energiewende gebremst werden soll.

(Gerd Rosenkranz: Das sabotierte Jahrhundertprojekt. In Blätter für deutsche u. intern. Politik 11/2012, S. 106-107)

Asyldebatten

Da sind sie wieder, die Hetzparolen aus früheren Asyldebatten: "**massiver Zustrom**", "**sprunghafter Anstieg**", "**Wirtschaftsflüchtlinge**", "**Missbrauch**". Bald ist Wahlkampf, und prompt entdecken CDU und CSU den Nutzwert selbst geschürter Fremdenangst. Sie sprechen von "Wirtschaftsflüchtlingen", weil Wirtschaft mehr nach Absahnen klingt als der eigentlich passende Begriff: Sozialflüchtling. Sie verbieten Asylbewerbern das Arbeiten und beklagen sich über Sozialleistungen, die Deutschland bezahlt.

(Stephan Hebel: Der Preis der Freiheit. In Berliner Zeitung v. 16.10.2012)

Die Macht der Begriffe

Ein Beispiel unserer Tage für die Macht der Begriffe ist, dass das Wort **Bankenkrise** aus dem öffentlichen Diskurs über die sogenannte **Euro-Krise** verschwunden ist. Stattdessen wird nur noch von der **Staatsschuldenkrise** gesprochen. Der Bankenlobby ist es wieder einmal gelungen, die Politik auf die falsche Spur zu setzen. Die Folge ist, dass statt einer Zerschlagung der Großbanken und einer strengen öffentlich-rechtlichen Regulierung der Geldhäuser eine Demokratie zerstörende und ökonomisch kontraproduktive Austeritätspolitik zur Lösung der vermeintlichen Staatsschuldenkrise verordnet wird.

(Oskar Lafontaine: Warum die Linke oft recht hat, es aber nur selten bekommt. In FAZ v. 11.09.2012)

"Reiche vermögen mehr"

In dem neuen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung findet sich nur in geballter Form wieder, was Experten schon lange beklagen: Während die Reichen immer reicher werden, wird der Staat immer ärmer. Doch die *Konsequenzen* im Entwurf bleiben wie gewohnt *inkonsequent*. In Sachen Steuerpolitik bekennt sich die Regierung machtvoll dazu, die Dinge "weiterhin" zu "prüfen". Ansonsten tröstet man sich mit dem Gedanken, dass der private Reichtum "teilweise" dem Gemeinwohl nützt. Als Beweis wird das Spendenaufkommen ins Feld geführt... was für ein krampfhaftes Argument! Dabei verspricht die Überschrift des entsprechenden Kapitels eigentlich Besseres: **"Reiche vermögen mehr"**, heißt es da ebenso hintersinnig wie richtig. Aber Papier ist bekanntlich geduldig.
(aus: Lausitzer Rundschau v.18.9.2012)

Vertrauen

"Die Finanzmärkte haben das Vertrauen in Griechenland verloren", heißt es. Die Maßstäbe der Finanzinvestoren sind jedoch mit "Ver"- oder "Misstrauen" nicht beschrieben. Hier geht es um Spekulation, also um den kalkulierten Umgang mit Erwartungen zur Gewinnmaximierung. **"Vertrauen verloren"** bedeutet im Falle der Investoren nichts anderes, als dass sie zu der Einschätzung gelangt sind, dass an Griechenland nichts mehr zu verdienen ist. Und im Falle der Euro-Politiker bedeutet es, dass sie nicht daran glauben, dass sich daran etwas ändern wird.
(Stephan Kaufmann: Das Märchen von den Griechen. In Berliner Zeitung v. 5.9.2012)

Das TINA-Prinzip

Der Fiskalpakt hat auf dem Eurogipfel vom Mai 2012 eine Ewigkeitsgarantie erhalten. „**There is no alternative**“ (TINA) gebietet die neoliberale Religion durch den Mund ihrer Hohepriester. Kein Parlament, kein Souverän ist souverän genug, um den Pakt zu lockern und ein Minimum wirtschaftspolitischer Transparenz und Flexibilität durchzusetzen. Wenn man Politik als Fähigkeit zur alternativen Gestaltung gesellschaftlicher Zukünfte sieht, ist der Euroraum heute auf einen antipolitischen, autoritären Pfad gedrängt. Als Pfadfinder bieten sich die neoliberalen Fachidioten an. Der Traum der Vernunft wird zum Albtraum der Vernünftigen.
Elmar Altwater: Das falsche Modell. In Le Monde diplomatique, September 2012, S.3)

Vorgetäuschte Stabilität

Die Bundeskanzlerin spricht neuerdings von einer **"Stabilitätsunion"** in Europa, die kraft Fiskalpakt und ESM geschaffen werden soll (Regierungserklärung v. 29.6.2012). Dabei verdeckt der populistisch eingesetzte Begriff der "Stabilitätsunion" die Tatsache, dass auf die zwingend notwendige nachhaltige Regulierung der Finanzmärkte bewusst verzichtet und somit die *Instabilität* der Euro-Währung forciert wird.
(Rudolf Hickel: Euroland bald abgebrannt? In Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2012, S. 55)

Eurokrise - "unser Geld!"

In der gegenwärtigen Eurokrise gibt es einen Schulterschluss zwischen Regierung, deutscher Öffentlichkeit, praktisch allen Medien... Und wenn, wie beim jüngsten EU-Gipfel, die deutsche Kanzlerin dazu gezwungen ist, ein paar Millimeter von ihrer fundamentalistischen Position abzurücken, dann ... fragt die Mainstream-Presse panisch: **"Wer soll das alles bezahlen?"** Und, ja, das betrifft längst nicht nur bezahlte Propagandisten wie Hans-Werner Sinn oder die Schreihälse von der Bild, die mit grellen Schlagzeilen Stimmungen machen und die in Zehn-Zentimeter-Lettern brüllen: **"Noch mehr Geld für Pleite-Griechen?"** BILD sagt nein." Auch der normale, der angeblich objektive und seriöse Journalismus wirkt seit Monaten wie gleichgeschaltet... Nicht einmal Die Zeit findet etwas dabei, wie jüngst mit dem reißerischen Titel und Riesenlettern die Seite 1 vollzumüllen: **"Die ganze Welt will unser Geld"**.
(aus: Kommentar von Robert Misik: "Merkel schwimmt auf einer medialen nationalbesoffenen Welle" in taz v. 3.7.2012)

Die Absahner

Erstaunlich ist, wie führende Medien das wirklichkeitsfremde und entpolitisierte Bild der monetären Macht übernommen haben. Das perfekte Beispiel dafür bieten die Berichte über die Ernennung von Mario Monti zum italienischen Ministerpräsidenten. Mit Begriffen wie "**Technokraten-**" oder "**Experten-**" Regierung wird da im Prinzip nur verschleiert, dass es sich um eine Regierung der Banker handelt. Man konnte sogar lesen, in Rom seien jetzt "**Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft**" an der Macht, da Monti auch einige Universitätsprofessoren in seine Regierungsmannschaft berief. Dabei wurde übersehen, dass die meisten der neuen Minister aus den Chefetagen der großen italienischen Konzerne stammen. (Geoffrey Geuens: Die Absahner. In Le Monde diplomatique, Juni 2012, S.1)

Gewerkschaften, Sprache, Analyse

Im Widerstand der Gewerkschaften wundert mich der Umgang mit der Sprache. Warum unterwerfen sich die Gewerkschaften den Begriffen, die andere in ihrem Interesse und zu ihren Nutzen erfanden?

"**Wettbewerb**" ist doch eine edle Sache, während Konkurrenz schon mehr Nachdenken fordert. Der "**Arbeitnehmer**" klingt schon negativ, nimmt er doch etwas, der Begriff "**Arbeitgeber**" hört sich viel angenehmer an, er gibt ja etwas und dabei ist es im Leben genau umgekehrt. Ich denke, im Kampf für eine hinnehmbar soziale Gerechtigkeit sollte mit klaren Worten und Begriffen argumentiert werden, welche den Menschen Zusammenhänge deutlich machen und sie zum Nachdenken und zum Handeln anregen.

(Erhard Römer in ver.di Ausgabe 02/ 2012 <http://publik.verdi.de/2012/ausgabe-02/gesellschaft/briefe/seite-14/A1>)

Unwort des Jahres

Eine Jury aus unabhängigen Sprachwissenschaftlern hat '**Döner-Morde**' zum Unwort des Jahres 2011 gekürt. Über lange Zeit hinweg hat dieser Begriff die Wahrnehmung vieler Menschen in verhängnisvoller Weise beeinflusst: Die Morde, die an Betreibern türkischer Imbissbuden verübt worden waren, schienen aus dem kriminellen Milieu von Schutzgeld und Drogengeschäften herzurühren. Diese plausible Vorstellung ließ überhaupt keinen Gedanken an rassistische Motive der Morde aufkommen. Erfunden hat diesen Begriff die Polizei. Sie gründete im Zusammenhang mit den Morden die Sonderkommission '**Bosporus**' – ein Name übrigens, der nicht minder diffamierend auf das gleiche Milieu abzielte. Vor allem aber spiegelte sich in dieser Begrifflichkeit das grundlegende Fehlverhalten, dass keiner konsequent in Richtung der Neo-Nazi-Szene ermittelt hat.

(Sonja Jordans/ Stephan Hebel in Berliner Zeitung v. 18.1.2012, S. 1)

Krise der Demokratie

Längst ist die vermeintliche Euro-Krise zu einer Krise der Demokratie und der Souveränität europäischer Staaten geworden. Angela Merkel spricht treffenderweise von der "**marktkonformen Demokratie**", die heute geboten sei. Ein entlarvender Begriff. Denn längst ist die Volksherrschaft keine souveräne mehr, sondern eine simulierte, in steter Abhängigkeit von den Ausschlägen der Börse. Frank Schirrmacher hat recht: Die Demokratie wird verramscht. Denn, so bringt es Jürgen Habermas polemisch auf den Punkt: Weniger Demokratie ist besser für die Märkte.

(Albrecht von Lucke in Blätter für Deutsche und Internationale Politik 12/2011, S. 6; vgl. auch www.nachdenkseiten.de/?p=10611)

Wort des Jahres

'**Stresstest**' heißt das Wort des Jahres 2011, ausgewählt von der Deutschen Gesellschaft für Sprache. In einem übertragenen Sinn bedeutet Stress so viel wie Anpassungsdruck, und in der postindustriellen Gesellschaft kann nahezu alles zum Auslöser eines solchen Druckempfindens werden. Der Stresstest ist gewissermaßen ein normgeprüftes Anerkennungsverfahren für Anpassungsdruck in Zeiten der Krise der Finanzmärkte, ob für Banken, das Bahnhofprojekt Stuttgart 21, die rot-grüne Landesregierung in Baden-Württemberg oder Atomkraftwerke. Wo alles den Bach runtergeht und gute Argumente kein schlüssiges Handeln ergeben, kommt der Stresstest als rettende Instanz daher, eine Art Super-TÜV für systemische Qualen.

(Harry Nutt in Berliner Zeitung v. 17.-18.12.2011, S. 1)

Europa auf Deutsch

"Man **kaudert**": Ein britischer Publizist hat empfohlen, der englischen Sprache ein neues Verb anzufügen: *to kauder*. Das bedeute: Stammtischparolen auf die politische Bühne Europas zu bringen. Er meinte damit den Ausspruch des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Volker Kauder: "**Jetzt auf einmal wird in Europa Deutsch gesprochen!**" "Es ist in gewisser Weise ein Verdienst Volker Kauders, dass er mit seinem selbstgerechten und arroganten Tuten den Nebel diplomatischer Wohlfühlfloskeln durchdrungen hat. Was hat es noch mit einem demokratischen, vielfältigen und gleichberechtigten Europa zu tun, wenn unter deutscher Führung die in Berlin ersonnene Sparpolitik den südlichen Ländern der Eurozone als **alternativloser Sachzwang** aufgedrängt und durch sogenannte **Expertenregierungen** exekutiert wird? Und wie ist der politische Druck aus Berlin auf die Europäische Zentralbank mit ihrer immer wieder proklamierten **Unabhängigkeit** zu vereinbaren?" (Holger Schmale in Berliner Zeitung v. 18.11.2011, S. 4)

Abstrakte Debatte

"Mario Candeias von der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich die Frage gestellt, wie die Schuldenkrise von links politisch aufgegriffen werden kann. Die Debatte über **Rettungsmechanismen, Milliarden-Schirme** und **Billionen-Hebel** ist vor allem technisch-abstrakt, jedenfalls weit weg vom Alltagsverstand." (Tom Strohschneider in Freitag v. 27.10.2011, S. 6)

Alternativlos

"Bei den Politikern der SPD/Linke-Regierungskoalition erfreut sich seit Verabschiedung der '**Schuldenbremse**' – auch ein lohnender Begriff! – z.B. die Bezeichnung '**Kostenneutralität**' großer Beliebtheit, um steigende Aufgaben und Anforderungen an die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ohne die Bereitstellung der dafür notwendigen zusätzlichen Mittel zu legitimieren. Diese Bezeichnung wird ja gern in Verbindung mit dem Unwort des letzten Jahres '**Alternativlosigkeit**' gebraucht: Nachdem man jahrelang durch einseitige '**Steuerentlastungen**' die staatlichen Einnahmen minimiert hat, gibt es jetzt '**keine Alternative zu einem strikten Konsolidierungskurs**', d.h. letztlich zum weiteren Abbau staatlicher Sozialleistungen. (K-P.B. - Email an Sprach-AG 7.7.2011)

Beschäftigungswunder

Im Jahr 2010...waren rund 5 Millionen Menschen auf der Suche nach Arbeit... "Vor diesem Hintergrund sind die jüngsten Verlautbarungen aus der Politik, die von einem '**Beschäftigungswunder**' sprechen, nur als zynisch zu verstehen." (Mohssen Massarrat/ Attac-AG ArbeitFairTeilen - Konferenz "Überwindung der Arbeitslosigkeit" Hannover 30.6./1.7.2011 – MEMORANDUM Newsletter 2011-14 der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik)

Verheißungsvoll

"Es gibt viele Begriffe, die für die ideologische Durchsetzung einer neoliberalen Wirtschaftsordnung von zentraler Bedeutung sind. '**Eigenverantwortung**', '**Individualisierung**', '**Wettbewerb**', '**schlanker Staat**' sind dafür Beispiele. Das Schwierige ist, dass sie alle auch eine positive Bedeutung haben. Wer denkt bei Eigenverantwortung oder Individualisierung schon als erstes daran, dass damit zum Beispiel der Abschied von der solidarischen Krankenversicherung ideologisch unterfüttert werden soll? Oder wer erkennt im schlanken Staat sofort die Gefahr, dass die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen beabsichtigt ist?" (M. Demmer in Erziehung und Wissenschaft 6/2011, S. 22)